

## **Auszug aus der Niederschrift über die 03. Sitzung der Bürgerschaft am 17.10.2024**

**Zu TOP: 9.9**

**Verwendung überplanmäßiger Einnahmen aus der Übernachtungssteuer für  
touristische Investitionen in der Hansestadt Stralsund**

**Einreicher: Fraktion DIE LINKE.**

**Vorlage: AN 0110/2024**

Herr Buxbaum erläutert den Antrag ausführlich.

Der Antrag ist nach Auffassung von Herrn Schilke deplatziert. Die Diskussion ist erst im Rahmen der Haushaltsberatungen zu führen.

Herr Suhr erläutert den vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/SPD/Piratenpartei/Die Partei. Der Ursprungsantrag ist haushaltsrechtlich bedenklich. Festgestellt werden sollte, wie die Mittel aus der Übernachtungssteuer verwendet werden, um eine Grundlage für die Haushaltsberatungen zu haben.

Herr Dr. Zabel ist der Auffassung, dass es sich bei dem vorliegenden Änderungsantrag um einen eigenständigen Antrag handelt. Er regt gegenüber Herrn Suhr an, den Antrag zur nächsten Sitzung zu stellen und signalisiert die Unterstützung der Fraktion CDU/FDP. Herr Dr. Zabel merkt an, dass die momentane Einnahmesituation nicht bekannt ist. Die Fraktion CDU/FDP bestätigt die Einschätzung, dass die Diskussionen zur Mittelverwendung im Rahmen der Haushaltsberatung zu führen sind. Der vorliegende Antrag wird abgelehnt.

Herr Suhr greift die Anregung von Herrn Dr. Zabel auf, den eingebrachten Änderungsantrag AN 0117/2024 zurückzuziehen und zur nächsten Sitzung als eigenständigen Antrag einzubringen.

Der 1. Stellvertreter des Präsidenten der Bürgerschaft stellt den Antrag AN 0110/2024 zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

1. Die Bürgerschaft beschließt die Einnahmen aus der Übernachtungssteuer, die über die veranschlagte Summe laut Haushaltsplan 2024 liegen, für Investitionen in die touristische Infrastruktur vorzusehen.
2. Bei der Erarbeitung des Haushaltsplanes 2025 sind die Einnahmeplanungen an den bisherigen Einnahmen auszurichten. In der Verwendung dieser Mittel ist für das Haushaltsjahr 2025 und folgende ein Teil für Investitionen in die touristische Infrastruktur vorzusehen.

Abstimmung: Mehrheitlich abgelehnt

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Steffen Behrendt

Stralsund, 30.10.2024